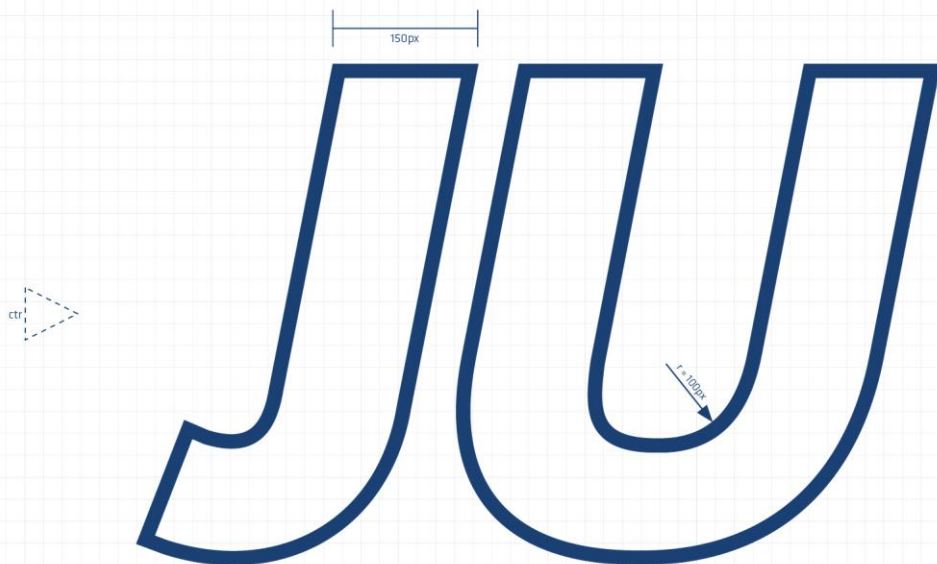


Antragserledigungs- bericht



99. Landestag

der Jungen Union Hessen

Raum für Deine Ideen!

8./9. Juni 2019 • Hünfeld

Inhaltsverzeichnis

Der Antragserledigungsbericht enthält die beschlossenen und verwiesenen Anträge des 98. Landestages 2018 in Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis	2
Vom 98. Landestag beschlossene Anträge	3
Ländlicher Raum, Umwelt, Landwirtschaft.....	3
Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung.....	4
Gesundheit und Verbraucherschutz	5
Bildung und Soziales	6
Außen- und Sicherheitspolitik.....	9
Finanzen und Generationengerechtigkeit	10
Justiz, Europa und Integration.....	11
Verkehr, Infrastruktur und Energie	13
Inneres und Sport.....	16
Sonstige Anträge.....	20
Verbandsarbeit.....	20
Dringlichkeitsanträge.....	22
Vom 98. Landestag verwiesene Anträge	23
Ländlicher Raum, Umwelt, Landwirtschaft.....	23
Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung.....	23
Bildung und Soziales	24
Verkehr, Infrastruktur und Energie	24

Vom 98. Landestag beschlossene Anträge

Ländlicher Raum, Umwelt, Landwirtschaft

A5 Anna-Maria Bischof	Für EU-konforme Aufstellung von Abgasmessstationen BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten angenommen.
A6 Anna-Maria Bischof	Konsequente Mülltrennung KV Hochtaunus, KV Limburg-Weilburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Hierzu findet eine Besichtigung des Müllheizkraftwerks Kassel am 4. Mai 2019 statt. Im Rahmen der Besichtigung soll auch explizit auf die Bedeutung von Biomüll zur Energiegewinnung eingegangen werden. Mögliche Vorteile einer Biotonne sollen dabei kritisch beleuchtet werden.
A7 Anna-Maria Bischof	Konzept zur Vermeidung von Plastikmüll KV Hochtaunus, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten in geänderter Fassung angenommen. Zu diesem Thema findet am 4. Mai 2019 eine Besichtigung des Müllheizkraftwerks Kassel statt.
A9 Anna-Maria Bischof	Kein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen KV Schwalm-Eder
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten in geänderter Fassung angenommen.
A10 Anna-Maria Bischof	Aufhebung der Schonzeiten bei der Bejagung von Nutrias nach Paragraph 2 der Hessischen Jagdverordnung KV Gießen, KV Wetterau, KV Lahn-Dill, KV Marburg-Biedenkopf, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Aufhebung der Schonzeiten bei der Bejagung von Nutrias nach Paragraph 2 der Hessischen Jagdverordnung wurde im Rahmen des Antrags „Bejagung invasiver Arten“ auf dem 111. Parteitag der CDU Hessen in Wiesbaden gefordert und von den Delegierten angenommen.
A11 Anna-Maria Bischof	Hase, Rebhuhn & Co. schützen – grüne Jagdverordnung zurücknehmen KV Wiesbaden, KV Hochtaunus, KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Schutz der heimischen Flora und Fauna vor invasiven Prädatoren wurde im Rahmen des Antrags „Bejagung invasiver Arten“ auf dem 111. Parteitag der CDU Hessen in Wiesbaden gefordert und von den Delegierten angenommen. Der Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum diskutierte eingehend über die von Umweltministerin Priska Hinz eingeführte Jagdverordnung. Man verständigte sich darauf, das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs über die Jagdverordnung abzuwarten. Bereits 2016 erhob die FDP Klage, weil Priska Hinz mit der Regelung ihrer Meinung nach zu sehr in die Rechte der Jäger eingegriffen und obendrein den Landtag übergangen habe. Ein Urteil ist noch in diesem Jahr zu erwarten. Die Aufhebung der Schonzeit für Jungwaschbären wertet der AK Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum als ersten wichtigen Schritt.
A12 Anna-Maria Bischof	Aufnahme des Abschusses von Problemwölfen als Ultima Ratio in die Hessische Jagdverordnung KV Gießen, KV Wetterau, KV Marburg-Biedenkopf, KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Forderung wurde in Form einer Pressemitteilung (02/2019 „Junge Union Hessen fordert eine Hessische Wolfsverordnung“) während der hitzig geführten Debatte über Problemwolf „GW924m“ in Schleswig-Holstein an die Öffentlichkeit herangetragen. Die Junge Union Hessen hat sich mit ihrer Pressemitteilung somit in eine aktuelle Diskussion eingebracht und Stellung bezogen. Auch hat unsere Pressemitteilung mediale Aufmerksamkeit erfahren. Die Frankfurter Rundschau (https://www.fr.de/rhein-main/angst-vor-wolf-hessen-11795620.html) äußerte sich kritisch bezüglich unserer Forderung nach einer Hessischen Wolfsverordnung.

A13 Anna-Maria Bischof	Bejagung invasiver Arten KV Schwalm-Eder
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Beschluss des Landestages zur Bejagung invasiver Arten wurde auf dem 111. Parteitag der CDU Hessen in Wiesbaden als Antrag eingebracht und von den Delegierten angenommen. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen einigten sich die Koalitionspartner darauf, den Waschbären als invasive Art in seiner weiteren Ausbreitung einzudämmen. Dazu wurde Anfang 2019 die Schonzeit von Jungwaschbären aufgehoben.
A14 Anna-Maria Bischof	Europaweites Verbot des Kükenschredderns KV Bergstraße, KV Darmstadt-Dieburg, KV Groß-Gerau
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum hat sich intensiv mit der Thematik des europaweiten Verbots des Kükenschredderns befasst. Während alle Mitglieder des Arbeitskreises ein europaweites Verbot begrüßen, so gab es doch Kontroversen bezüglich der Umsetzung des Verbots. Bereits seit längerem wird ein Verbot in Erwägung gezogen. Der AK Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum begrüßte es sehr, dass ein Verbot des massenhaften Tötens von Millionen männlichen Küken pro Jahr Einzug in den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD auf Bundesebene erhalten hat. Der AK einigte sich darauf, die weiteren Entwicklungen mit Blick auf die Umsetzung des Koalitionsvertrages zu verfolgen. Leider beendete die Große Koalition auf Bundesebene nicht, wie im Koalitionsvertrag verabschiedet, das Kükenschreddern bis zum Herbst 2018. Technisch ist es bislang nicht möglich, vor dem Schlüpfen der Küken das Geschlecht zu erkennen, um so eine Tötung der männlichen Küken zu vermeiden. Agrarministerin Julia Klöckner kündigte jüngst an, dass man beim Beenden des Kükentötens allerdings vorankomme. So stünden ab dem kommenden Jahr Verfahren zur Früherkennung des Geschlechts zur Verfügung. Erst dann sei ein Verbot möglich. Der Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum wird die Umsetzung des Verbots des Kükenschredderns weiterhin kritisch beobachten.
A15 Anna-Maria Bischof	Alkoholerhöhung während der Umstellzeit auf ökologischen Weinbau auch mit biologisch zertifiziertem Rübenzucker BV Nassau, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum hat die Forderung an das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Form eines Schreibens herangetragen und für den Antrag geworben. Eine Antwort von Seiten des Ministeriums steht gegenwärtig noch aus.
A16 Anna-Maria Bischof	Afrikanische Schweinepest wirksam bekämpfen BV Nassau, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es findet hierzu eine Besichtigung eines Schweinemastbetriebes am 20. April 2019 statt. Dabei wird auch näher die Frage diskutiert werden, wie sich lokale landwirtschaftliche Betriebe auf eine weitere Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest vorbereiten und welche möglichen Konsequenzen sich daraus ergeben. Auch sollen mögliche Präventionsmaßnahmen in Augenschein genommen und diskutiert werden.

Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung

A20 Sebastian Willsch	Trendwende im schienengebundenen Güterverkehr AK Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es ist vorgesehen, den Antrag beim nächsten Deutschlandtag zu stellen.
A21 Jens Fleck	Förderung von lokalen Händlern und Handwerkern BV Nassau, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde im Arbeitskreis besprochen. Es gibt durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen schon Unterstützungsprogramme, sowie in den jeweiligen Handelskammern. Geplant ist ein Treffen mit dem Ministerium bzw. Interessengemeinschaften für April forciert. Daraus erfolgt dann ein fundierter Antrag für den nächsten Landesparteitag.

A23 Jens Fleck	Keine weiteren Quoten BV Osthessen, KV Vogelsberg, KV Fulda, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde entschieden, zum richtigen Zeitpunkt eine Pressemitteilung herauszugeben. Dies ist noch nicht erfolgt, da eine maximale Wirkung erreicht werden soll.
A24 Jens Fleck	Förderung von historischen Stadtkernen BV Nassau, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Eine Anfrage an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst erfolgte am 25. November 2018 um 11:12 Uhr. Durch den Wechsel der Hausführung wird noch auf Antwort gewartet.
A26 Jens Fleck	Qualität der Promotion in Deutschland sicherstellen KV Waldeck-Frankenberg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Eine Anfrage an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst erfolgte am 25. November 2018 um 11:12 Uhr. Durch den Wechsel der Hausführung wird noch auf Antwort gewartet.
A27 Jens Fleck	Finanzierung zur Rekonstruktion historischer Architektur durch den Bund BV Nassau, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem letzten Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel als allgemeiner Antrag gestellt und angenommen.
A28 Jens Fleck	Flächendeckendes Mobilfunknetz in Hessen KV Waldeck-Frankenberg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Als DNA der Jungen Union wurde dieser Antrag in das hessische JU JÜngwählerprogramm zur Landtagswahl aufgenommen und auch mit Erfolg in die CDU getragen.
A29 Jens Fleck	Vereinfachte Durchsetzung von Markenrechten bei Top-Level-Domains BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem letzten Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel in den Leitantrag eingebracht und in Zeile 384 beschlossen.
A30 Jens Fleck	Revision des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) AK Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel in den Leitantrag eingebracht und in Zeile 383 beschlossen.
A32 Jens Fleck	Landessoftwarelizenzen KV Marburg-Biedenkopf, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Eine Anfrage an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst erfolgte am 25. November 2018 um 11:12 Uhr. Durch den Wechsel der Führung wird noch auf Antwort gewartet.
A34 Jens Fleck	Breitbandinternetzugang als Grundversorgung AK Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel in den Leitantrag eingebracht und in Zeile 336 beschlossen.

Gesundheit und Verbraucherschutz

A35 Pauline Gutmann	Elektronischer Impfpass KV Schwalm-Eder
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.

A36 Pauline Gutmann	Änderung der Bedarfsschablone für Krankenhäuser KV Rheingau-Taunus, KV Wiesbaden, KV Limburg-Weilburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A38 Pauline Gutmann	Anpassung der DRG-Fallpauschalen BV Nassau, KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A39 Pauline Gutmann	Novellierung des MTA-Gesetzes – „Ohne MTA keine Diagnostik, ohne Diagnostik keine Therapie“ BV Rhein-Main, KV Main-Kinzig, KV Frankfurt, KV Offenbach-Land, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A40 Pauline Gutmann	Anonyme Statistik zu Schwangerschaftsabbrüchen führen BV Nassau, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A41 Pauline Gutmann	Arzneimittelversorgung gewährleisten – Apothekenautomaten in Regionen mit Versorgungsengpässen zulassen KV Gießen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A42 Pauline Gutmann	Aufstockung der Mittel und bessere Anreize für die Pflege und klare Richtlinien und Regeln in Absprache mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Hessen KV Gießen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A43 Pauline Gutmann	Homo-Heilung bei Minderjährigen verbieten KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A46 Pauline Gutmann	Acrylamidhaltige Lebensmittel nicht verbieten KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.
A47 Pauline Gutmann	(Un-)Gesund durch Prämien KV Main-Taunus, KV Limburg-Weilburg, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antrags erledigungsbericht eingereicht.

Bildung und Soziales

A49 Maschal Hühner	Bessere Vermittlung von Werten und Moral in der Grundschule BV Nassau, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wird hierzu noch eine weitere Veranstaltung stattfinden; der Termin steht noch aus und ist für das zweite Quartal 2019 geplant.

A51 Maschal Hühner Pauline Gutmann	Gesundheitliche Prävention und Förderung im Kindes- und Schulalter KV Rheingau-Taunus, KV Main-Taunus, KV Limburg-Weilburg, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert.
A52 Maschal Hühner	Förderschulen erhalten KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A53 Maschal Hühner Torben Kruhmann	Türkischen Konsulatsunterricht an hessischen Schulen beenden KV Offenbach-Land, KV Main-Kinzig
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert.
A54 Maschal Hühner	Gegliedertes Schulsystem KV Offenbach-Land, KV Frankfurt, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A56 Maschal Hühner	Kein Fachabitur nach einjährigem Praktikum – Für mehr Fairness in der Hochschulzugangsberechtigung KV Wetterau, BV Mittelhessen, KV Gießen, KV Lahn-Dill, KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A58 Maschal Hühner	Abiturniveau anheben – Lehrervorschläge berücksichtigen KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert. Ein entsprechender Antrag wurde zudem auf dem CDU-Landesparteitag gestellt und in geänderter Fassung angenommen.
A60 Maschal Hühner	PoWi als Pflichtfach Schüler Union Hessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A64 Maschal Hühner	Medienkompetenzvermittlung an Schulen verbessern AK Bildung und Soziales
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A65 Maschal Hühner	Berufsberatung an Schulen weiterentwickeln AK Bildung und Soziales
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert. Ein entsprechender Antrag wurde zudem auf dem CDU-Landesparteitag gestellt und in geänderter Fassung angenommen.

A66 Maschal Hühner	Kostenlose Software-Lizenzen für hessische Schüler KV Fulda
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert. Ein entsprechender Antrag wurde zudem auf dem CDU-Landesparteitag gestellt und in geänderter Fassung angenommen.
A67 Maschal Hühner	Änderung des Schulgesetzes / Fahrtkostenübernahme für G8-Schüler (10. Klasse), die gesamte Oberstufe sowie Berufsschüler KV Offenbach-Land, KV Main-Kinzig
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert. Ein entsprechender Antrag wurde zudem auf dem CDU-Landesparteitag gestellt und in geänderter Fassung angenommen.
A68 Maschal Hühner	Unabhängige Ombudsstelle für Lehreranliegen im Kultusministerium KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A69 Maschal Hühner	Ausbildungsangebote aufwerten – Ausbildungskampagnen starten KV Schwalm-Eder
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus hat der AK Bildung und Soziales gemeinsam mit der Jungen CDA am 30. August 2018 ein After-Work-Picknick für Azubis veranstaltet.
A70 Pauline Gutmann	Pflegeberufe stärken durch bessere Bezahlung und mehr Personal KV Wetterau, BV Mittelhessen, KV Gießen, KV Lahn-Dill, KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antragsberichtsbericht eingereicht.
A71 Pauline Gutmann	Pflegesituation in Seniorenpflegeeinrichtungen und Krankenhäusern KV Bergstraße, KV Darmstadt-Dieburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde kein Antragsberichtsbericht eingereicht.
A73 Maschal Hühner	Keine Errichtung von muslimischen Kitas KV Kassel-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert.
A74 Maschal Hühner	Vegane Kitas verbieten KV Hochtaunus, KV Main-Taunus, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Manuel Lösel thematisiert.
A75 Maschal Hühner	Rechtliche Gleichstellung beider Elternteile in allen Angelegenheiten, welche gemeinsame Kinder betreffen KV Bergstraße, KV Darmstadt-Dieburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Noch nicht bearbeitet.

A76 Maschal Hühner	Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen reformieren KV Lahn-Dill
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Noch nicht bearbeitet.
A78 Maschal Hühner	Betreuungsgeld KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem 112. Landesparteitag der CDU Hessen in Offenbach am Main als Änderungsantrag für das Landtagswahlprogramm in Kapitel P06 „Wie wir Hessen sozial fortentwickeln“ gestellt, jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Außen- und Sicherheitspolitik

A81 Torben Kruhmann	Kein Geld für Terror gegen Israel KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde als Ergänzungsantrag zum Leitantrag "Kieler Erklärung" auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und angenommen. Die Forderung ist nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A84 Maschal Hühner	Eine Generation ohne Antisemitismus BV Nassau, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Eine Pressemitteilung mit dem Titel "Klares Zeichen gegen Antisemitismus setzen" wurde im Rahmen der von der CDU ins Leben gerufenen Aktionswoche „Von Schabbat zu Schabbat“ am 28. Mai 2018 veröffentlicht. Darüber hinaus ist eine Veranstaltung mit der Leiterin des Fritz-Bauer Instituts in Frankfurt für das zweite Quartal 2019 vorgesehen.
A85 Torben Kruhmann	Heimische Rüstungsgüter bevorzugen KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde als Ergänzungsantrag zum Leitantrag "Kieler Erklärung" auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und angenommen. Die Forderung ist nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A87 Torben Kruhmann	Ende der „Panda-Diplomatie“ Chinas BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Forderung wurde in den Prozess zur Erstellung des neuen CDU-Grundsatzprogrammes (Kapitel 12) eingebracht.
A88 Torben Kruhmann	Beidseitige Nachweispflicht über die Verwendung von deutschen Entwicklungshilfegeldern KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Land, KV Frankfurt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde als Ergänzungsantrag zum Leitantrag "Kieler Erklärung" auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und angenommen. Die Forderung ist nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A90 Torben Kruhmann	Rettet die Marine BV Nassau, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Zu diesem Antrag wurde am 14. März 2019 eine Pressemitteilung mit dem Titel "Junge Union Hessen unterstützt Forderung nach Bau eines Flugzeugträgers" veröffentlicht. Kurz zuvor hatten die CDU-Vorsitzende AKK und Bundeskanzlerin Angela Merkel die öffentliche Diskussion über dieses Thema losgetreten, sodass die Junge Union Hessen auf Höhe der Debatte einen Beitrag leisten konnte.
A92 Torben Kruhmann	Bundeswehr modernisieren – Drohnenkapazitäten ausbauen BV Nassau, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Zu diesem Antrag wurde am 14. März 2019 eine Pressemitteilung mit dem Titel "Junge Union Hessen unterstützt Forderung nach Bau eines Flugzeugträgers" veröffentlicht. Kurz zuvor hatten die CDU-Vorsitzende AKK und Bundeskanzlerin Angela Merkel die öffentliche Diskussion über dieses Thema losgetreten, sodass die Junge Union Hessen auf Höhe der Debatte einen Beitrag leisten konnte.

A93 Torben Kruhmann	Tradition der Bundeswehr BV Nassau, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Zu diesem Antrag wurde im März 2019 eine Pressemitteilung mit dem Titel "Junge Union Hessen fordert offiziellen Gedenktag für Veteranen" veröffentlicht. In dem Pressebericht wurde deutlich gemacht, dass die Junge Union Hessen im Gegensatz zu vielen anderen politischen Jugendorganisationen fest hinter der Bundeswehr steht und die Wichtigkeit der Tradition für die Bundeswehr betont. Ebenso wird die Forderung platziert, dass diese Traditionsfindung aus der Truppe heraus erfolgen soll.
A94 Torben Kruhmann	Kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Soldaten KV Rheingau-Taunus, KV Main-Taunus, KV Limburg-Weilburg, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde beim Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt. Es erfolgte eine Ablehnung, weil die Forderung schon Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands ist.
A95 Torben Kruhmann	Wehr- und Ersatzdienst wieder einführen BV Nassau, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Zu diesem Antrag wurde am 6. August 2018 eine Pressemitteilung mit dem Titel "Junge Union Hessen unterstützt Forderung nach allgemeiner Dienstpflicht" veröffentlicht. Kurz zuvor hatte die spätere CDU-Vorsitzende AKK die öffentliche Diskussion über dieses Thema losgetreten, sodass die Junge Union Hessen auf Höhe der Debatte einen Beitrag leisten konnte.
A96 Torben Kruhmann	Sicherstellung der Versorgung von Veteranen der Bundeswehr BV Rhein-Main, KV Offenbach-Land, KV Frankfurt, KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Zu diesem Antrag wurde im März 2019 eine Pressemitteilung mit dem Titel "Junge Union Hessen fordert offiziellen Gedenktag für Veteranen" veröffentlicht. In dem Pressebericht wurde deutlich gemacht, dass neben der Würdigung durch einen Gedenktag auch die Sicherstellung der Versorgung von Veteranen der Bundeswehr in den Fokus gerückt werden muss.

Finanzen und Generationengerechtigkeit

A97 Manuel Salomon	Einkommenschwache Familien entlasten BV Osthessen, KV Fulda, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel als Ergänzung des Leitantrags „Deutschland 2030“ eingebracht, fand jedoch leider keine Mehrheit. Der Antrag wurde zudem durch die Pressemitteilung „Rente und Grundsicherung nicht auf Kosten der jungen Generation“ am 20. März 2019 in den öffentlichen Diskurs eingebracht, um zu verdeutlichen, dass sich die Junge Union Hessen für die Beibehaltung der derzeitigen Grundsicherungspraxis (Hartz IV) ausspricht und zudem eine zielgerichtete finanzielle Entlastungen für Familien mit geringen Einkommen durch eine Anpassung des Kinderfreibetrags an den Grundfreibetrag befürwortet.
A98 Manuel Salomon	Anpassung der Regelung zum Sparerpauschbetrag KV Darmstadt-Dieburg, KV Odenwald, KV Groß-Gerau, KV Darmstadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde in der Pressemitteilung „Steuerreform statt Stillstand“ am 22. März 2019 veröffentlicht und beworben. Eine Entlastung von Sparern durch eine Anpassung des Sparerpauschbetrags ist gerade im Hinblick auf die Altersvorsorge entscheidend, entsprechend wurde diese Idee im Landtagswahlprogramm der Jungen Union Hessen aufgenommen und auf dem CDU Landesparteitag (Antrag: „Erhöhung von Steuerfreibeträgen auf Kapitalerträge“) verabschiedet.
A99 Manuel Salomon	Reform der Umsatzsteuer AK Finanzen und Generationengerechtigkeit
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde nach intensiver Diskussion im Arbeitskreis entwickelt. Die Forderung wurde in den Pressemitteilungen „Solide Finanzpolitik darf zu keiner Randnotiz verkommen“ (26. Februar 2018) und „Steuerreform statt Stillstand“ (22.03.2019) veröffentlicht und beworben. Der Appell zur Reformierung der Umsatzsteuer wurde zudem schriftlich an den Finanzminister versandt.

A100 Manuel Salomon	Reform der Tabaksteuer AK Finanzen und Generationengerechtigkeit
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Besteuerung verschiedener Tabakprodukte ist steuerrechtlich und gesundheitspolitisch wünschenswert, entsprechend wurde der Antrag im Arbeitskreis Finanzen und Generationengerechtigkeit entwickelt. Die Forderung wurde in der Pressemitteilung „Steuerreform statt Stillstand“ (22. März 2019) veröffentlicht und beworben und zudem schriftlich an den Finanzminister versandt.
A101 Manuel Salomon	Überarbeitung der Abschaffung der Kapitalertragssteuer KV Rheingau-Taunus, KV Main-Taunus, KV Limburg-Weilburg, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde ausführlich im Arbeitskreis diskutiert. Die Forderung eine verdeckte Steuererhöhung zu verhindern indem a) die Kapitalertragssteuer beibehalten wird oder b) der Sparerpauschbetrag deutlich erhöht wird, wurde im Rahmen der Pressemitteilungen „Solide Finanzpolitik darf zu keiner Randnotiz verkommen“ (26. März 2018) sowie „Steuerreform statt Stillstand“ (22. März 2019) veröffentlicht und beworben. Die Forderung wurde zudem in das Landtagswahlprogramm der Jungen Union Hessen aufgenommen und auf dem CDU Landesparteitag (Antrag: „Erhöhung von Steuerfreibeträgen auf Kapitalerträge“) verabschiedet. Der Antrag ist somit Beschlusslage der CDU Hessen.
A102 Manuel Salomon	EPSAS – Einheitliche Rechnungslegungsstandards innerhalb der EU BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel, als Ergänzung des Leitendrings „Deutschland 2030“ eingebracht. Der Antrag wurde angenommen und ist somit Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands!

Justiz, Europa und Integration

A103 Akop Voskanian	Rechtsstaat und Demokratie bewahren – Strafvollzugsdefizit des Staates verringern KV Lahn-Dill
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Am 16. Oktober 2018 wurde dieser Antrag mit der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert. In Hessen besteht kein Strafvollzugsdefizit. Zudem werden in der hessischen Justiz 500 neue Stellen geschaffen (Staatsanwälte, Richter und Vollzugsbeamte). Der Antrag wurde außerdem auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten beschlossen. Somit ist die Forderung nun auch offizielle Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands
A105 Akop Voskanian und Maschal Hühner	Ausweitung des Bundeskinderschutzgesetzes BV Rhein-Main, KV Main-Kinzig, KV Frankfurt, KV Offenbach-Land, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Diese Forderung wurde am 16. Oktober 2018 mit der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert und unser Anliegen vorgetragen. Zudem wurde diese Forderung in das Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen.
A106 Akop Voskanian	Gerichte zukunftsfähig machen KV Wiesbaden, KV Hochtaunus, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Am 16. Oktober 2018 wurde dieser Antrag mit der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert. In Hessen gibt es genug Bewerber für offene Richter- sowie Staatsanwaltschaftstellen, sodass eine Reform der Zulassungsvoraussetzungen nicht vorgesehen ist. Zudem entscheidet der Richterwahlausschuss in jeder Legislaturperiode über die Zulassungsvoraussetzungen. Sollte jedoch die Situation eintreffen, dass es nicht genug Bewerber für offene Stellen gibt, wird auch das Land Hessen über eine Reform nachdenken.

A107 Akop Voskanian	Bekennnis zum Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche, §219a StGB KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Land, KV Offenbach-Stadt, KV Frankfurt, BV Rhein-Main
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Zu dieser Forderung wurde bereits eine Pressemitteilung im vergangenen Geschäftsjahr verfasst (4. Dezember 2017). Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten an den Deutschlandrat verwiesen. Die Forderung wurde zudem in das Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen. Zudem haben wir dieses Thema breit auf dem Landesausschuss im Herbst 2018 diskutiert und unsere Ansicht zu dieser Thematik in dem Papier "Ethische Grundfragen des Lebens" dargelegt.
A108 Akop Voskanian	Warnschussarrest ausweiten KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Diese Forderung wurde am 16. Oktober 2018 mit der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert und unser Anliegen vorgetragen. Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten beschlossen. Somit ist die Forderung nun auch Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands. Die Forderung wurde zudem in das Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen.
A109 Akop Voskanian	Tatbestand der Volksverhetzung erweitern KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Land, KV Offenbach-Stadt, KV Frankfurt, BV Rhein-Main
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Diese Forderung wurde am 16. Oktober 2018 mit der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert und unser Anliegen vorgetragen. Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten beschlossen. Somit ist die Forderung nun auch offizielle Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A110 Akop Voskanian	Nutzung der LKW-Mautdaten zur Aufklärung von Kapitalverbrechen KV Bergstraße, KV Darmstadt-Dieburg, KV Odenwald
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Am 16. Oktober 2018 wurde dieser Antrag mit der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert. Diese Forderung war bereits Thema einer Justizministerkonferenz und wird weiterhin verfolgt. Die Forderung wurde zudem in das Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen.
A111 Akop Voskanian	Demokratiedefizit der Europäischen Union bekämpfen – Initiativrecht für das europäische Parlament KV Waldeck-Frankenberg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Dieser Antrag wurde in die Diskussion für das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands eingebracht und findet sich im Leitantrag wieder. Ebenso wird diese Forderung in die Erarbeitung der Europawahlkampagne der Jungen Union Hessen mit einbezogen.
A112 Akop Voskanian	Ablehnung der Pläne zur Erweiterung der EU KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Dieser Antrag wurde in die Diskussion für das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands eingebracht und findet sich im Leitantrag wieder. Der Antrag wurde außerdem auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt, jedoch von den Delegierten nicht beschlossen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, diese Forderung in die Europawahlkampagne der Jungen Union Hessen mit einzubeziehen.
A113 Akop Voskanian	Konsolidierung des EU-Haushaltes BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Diese Forderung wurde in die Europawahlkampagne der Jungen Union Hessen aufgenommen. Der Antrag wurde außerdem auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt, jedoch von den Delegierten nicht beschlossen. Gerade wir in Hessen wissen um die Wichtigkeit eines ausgeglichenen Haushalts, daher werden wir weiterhin für diese Forderung - unabhängig von der Ebene - kämpfen.

A114 Akop Voskanian	Blockade des Gesetzes gegen Kindergeld-Tourismus in Europa aufheben BV Rhein-Main, KV Main-Kinzig, KV Frankfurt, KV Offenbach-Land, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Junge Union Hessen hat diese Thematik als Antrag auf dem 111. Landesparteitag der CDU Hessen in Wiesbaden erfolgreich eingebracht. Der Antrag wurde außerdem auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten beschlossen. Somit ist die Forderung nun auch offizielle Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands. Die Forderung wurde zudem in das Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen.
A116 Akop Voskanian Torben Kruhmann	Deutschland und EU für „Systemwettbewerb“ gegen China stärken BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Sowohl die Forderung nach Nutzung der Veto-Rechte der Bundesregierung als auch die Forderung nach Öffnung des chinesischen Marktes und nach dem Ende der Gängelung durch erschwerte Nutzung von VPN-Tunneln wurde im Rahmen des Deutschlandtages der Jungen Union in Kiel als Ergänzung zum Leit Antrag "Kieler Erklärung" eingebracht. Erstere (Veto-Rechte) wurde dabei abgelehnt, während wir für Letztere (Marköffnung/VPN Tunnel) eine Mehrheit erreichen konnten, sodass die Forderung nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands ist. Zusätzlich wurde die Forderung in den Prozess zur Erstellung des neuen CDU-Grundsatzprogrammes (Kapitel 12) eingebracht.

Verkehr, Infrastruktur und Energie

A117 Sebastian Willsch	Modernisierung Personenbeförderungsgesetz – Wettbewerb ermöglichen, Digitalisierung vorantreiben KV Rheingau-Taunus, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und nicht beraten, da ein weitergehender Antrag angenommen wurde. Das Anliegen ist damit nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A118 Sebastian Willsch	Rechtliche Grundlagen für autonomes Fahren schaffen KV Offenbach-Land, KV Frankfurt, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und angenommen (Nr. A59). Er ist damit nun Beschlusslage.
A120 Sebastian Willsch Jens Fleck	Öffentliches WLAN im ÖPNV KV Wetterau, BV Mittelhessen, KV Gießen, KV Lahn-Dill, KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Jens Fleck: Schon im vergangenen Geschäftsjahr fand mit dem RMV und dem ehemaligen AK Wirtschaft, Digitalisierung und Verkehr ein Treffen statt, in dem dieses Thema erörtert wurde und der Gesprächspartner hier selbst mitteilte, dass er hier ein Augenmerk darauf hat. Zudem wurde im Rahmen eines Gesprächs mit der Deutschen Bahn und der Bundeskommission Verkehr der Jungen Union Deutschlands das Thema angesprochen.
A121 Sebastian Willsch	Manipulationsprüfungen bei Lastkraftwagen KV Darmstadt-Dieburg, BV Südhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Thematik ist vorgemerkt für eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Arbeitskreis Inneres und Sport und einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Inneres und Sport bzw. der Hessischen Landtagsfraktion.
A122 Sebastian Willsch	Förderung des Ausbaus von P+R Plätzen im vorderstädtischen Bereich BV Südhessen, AK Verkehr
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Das Anliegen wurde auf Antrag der JU Hessen ins Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen erklären die Koalitionsparteien: <i>"Zur Entlastung verkehrlicher Engpässe wollen wir [...] uns bei den Verkehrsverbänden dafür einsetzen, dass an sämtlichen S-Bahn-Stationen in ausreichender Anzahl Fahrradstellplätze – auch verschließbare – für Pendler geschaffen werden und PKW-Park & Ride-Plätze ggf. durch den Bau von zwei- oder dreistöckigen Parkdecks bedarfsgerecht erweitert werden."</i>

A123 Sebastian Willsch	Stärkere Kontrolle der Einhaltung von Halteverboten in Auf- und Abfahrten zu Autobahnrastanlagen sowie Parkplätzen KV Bergstraße, BV Südhessen, KV Darmstadt, KV Darmstadt-Dieburg, KV Groß-Gerau, KV Odenwald
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Thematik ist vorgemerkt für eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Arbeitskreis Inneres und Sport und einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Inneres und Sport bzw. der Hessischen Landtagsfraktion. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen erklären die Koalitionsparteien: <i>"Parkplätze und Raststätten müssen verstärkt gesichert werden, um der wachsenden Kriminalität an diesen Punkten entgegen zu treten."</i>
A124 Sebastian Willsch	Mehr LKW-Parkplätze entlang der deutschen Autobahnen BV Rhein-Main, KV Offenbach-Land, KV Frankfurt, KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und angenommen (Nr. A60). Er ist damit nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A125 Sebastian Willsch	Prüfung der aktuellen Parkplatzsituation und gegebenenfalls Schaffung von neuen Parkräumen für LKWs KV Bergstraße, BV Südhessen, KV Darmstadt, KV Darmstadt-Dieburg, KV Groß-Gerau, KV Odenwald
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Siehe A124.
A126 Sebastian Willsch	Revision der Sicherheits- und Assistenzsysteme für LKW's und Busse KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und in geänderter Fassung angenommen (Nr. A61). Er ist damit nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands. <i>Geänderte Fassung: "Die Junge Union Deutschlands spricht sich europaweit für eine umfassende Revision der bisherigen einheitlichen Sicherheits- und Assistenzsysteme für LKWs und Busse aus. LKWs und Busse sollen danach verpflichtend über eine Rückfahrkamera, Surroundview, Toter-Winkel-Assistent, Personenerkennung und einen Notbremsassistenten verfügen müssen. Das Notbremsystem muss bis zur maximalen Geschwindigkeit funktionsfähig sein und den Bus bzw. LKW, vorausgesetzt die Erkennung des Kollisionsobjektes ist unterhalb des Mindestbremsweges möglich, zum Stehen bringen. Weiter muss das Bremssystem auch im Fall des Auffahrens aktiv bleiben. Eine manuelle Abschaltung des Systems soll nur für einen Zeitraum von maximal 10 Minuten erlaubt sein und eine eigenständige Reaktivierung erfolgen."</i>
A128 Sebastian Willsch	Doppelparker bestrafen KV Hochtaunus, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Thematik ist vorgemerkt für eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Arbeitskreis Inneres und Sport und einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Inneres und Sport bzw. der Hessischen Landtagsfraktion.
A129 Sebastian Willsch	„Blitzer“ effektiver nutzen und Bürgerverständnis vergrößern BV Südhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Thematik ist vorgemerkt für eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Arbeitskreis Inneres und Sport und einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Inneres und Sport bzw. der Hessischen Landtagsfraktion.
A130 Sebastian Willsch	Generelle Lichtpflicht einführen BV Osthessen, KV Fulda, KV Vogelsberg, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde ist seit dem Deutschlandtag 2012 Teil der Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A132 Sebastian Willsch	Führerscheintests für Senioren einführen KV Hochtaunus, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Thematik ist vorgemerkt für eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Arbeitskreis Inneres und Sport und einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Inneres und Sport bzw. der Hessischen Landtagsfraktion.

A133 Sebastian Willisch	Verkehrsverstöße durch Radfahrer stärker ahnden KV Hochtaunus, KV Main-Taunus, KV Wiesbaden
Votum Landtag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Thematik ist vorgemerkt für eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Arbeitskreis Inneres und Sport und einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Inneres und Sport bzw. der Hessischen Landtagsfraktion.
A134 Sebastian Willisch	Beschleunigung von Bauleitplanungen KV Fulda, KV Vogelsberg
Votum Landtag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Das Anliegen wurde auf Antrag der Jungen Union Hessen ins Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen erklären die Koalitionsparteien: <i>"Wir wollen die rechtsstaatlichen Verfahren zur Ausweisung von zusätzlichem Wohnbauland, zur Wohnraumerstellung sowie zur Planung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen beschleunigen und effizienter gestalten. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung einer gesetzlichen Regelung ein, die es den Verwaltungsgerichten ermöglicht, spezialisierte Spruchkörper für Planungs- und Bauverfahren einzurichten."</i>
A135 Sebastian Willisch	Bauprogramm für Ortsumgehungen BV Osthessen, KV Fulda, KV Vogelsberg, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landtag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Das Anliegen war Teil des Landtagswahlprogramm der CDU Hessen. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen erklären die Koalitionsparteien: <i>"Wir werden am Prinzip Sanierung vor Neubau festhalten und die erfolgreiche Sanierungsoffensive im Landesstraßenbau fortschreiben. Die 2015 begonnene und auf 7 Jahre angelegte Offensive sieht gut 580 Maßnahmen für rund 420 Mio. Euro vor. Bis Ende 2018 konnten davon bereits 195 Maßnahmen abgeschlossen werden. Priorität hat für uns weiterhin die Zustandsverbesserung des Bestandsnetzes. Hierzu werden wir erneut eine Prioritätenliste Landesstraßenbau erstellen. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen des Landesstraßenbaus auch in den Aus- und Neubau von Landes- und Umgehungsstraßen investieren. Die Sanierungsmittel für Landesstraßen werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode auf 170 Millionen Euro steigern."</i>
A136 Sebastian Willisch	Netzversorgung entlang des Schienenverkehrs sicherstellen KV Gießen
Votum Landtag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und in geänderter Fassung angenommen (Nr. A62). Er ist damit nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands. Geänderte Fassung: <i>"Die JU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, beim Ausbau der Dateninfrastruktur die Mobilfunkversorgung entlang des Schienenverkehrs, sowie Autobahn- und Bundesstraßennetz mit hoher Bandbreite und geringen Latenzen sicherzustellen. Ziel ist den Komfort zu erhöhen, vor allem aber auch die Voraussetzungen für zukünftige Mobilität, wie autonomes Fahren zu schaffen. Diese Anforderungen sollen insbesondere bei den anstehenden Lizenzvergaben der Bundesnetzagentur berücksichtigt werden. Dabei soll eine hochwertige, flächendeckende 5 G-Versorgung Vorrang vor Verkaufserlösen erhalten."</i>
A139 Sebastian Willisch	Regionaltangente West (RTW) KV Offenbach-Land, KV Frankfurt, KV Offenbach-Stadt
Votum Landtag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen erklären die Koalitionsparteien: <i>"Wir wollen die Schieneninfrastruktur ausbauen. Der Schienenknoten Frankfurt gehört zu den größten Engpässen im deutschen Netz. Es ist deshalb dringend nötig, dass die Neu- und Ausbauprojekte Rhein-Main/Rhein-Neckar (Frankfurt-Mannheim inkl. Wallauer Spange) und Hanau-Fulda weiter vorangetrieben werden. Wir begrüßen, dass der Bund das Projekt eines Fernbahntunnels in Frankfurt in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen hat und sprechen uns ausdrücklich für eine vertiefte Machbarkeitsstudie aus, um die potentiell großen Chancen eines solchen Vorhabens auf Grundlage gesicherter Fakten beurteilen zu können. Dieses Projekt darf allerdings nicht zu Verzögerungen bei den überfälligen Maßnahmen im Schienenknoten Frankfurt führen. Im Ballungsraum gehören dazu die Vorhaben aus den Projekten Frankfurt-Rhein-Main plus und S-Bahn plus. Dazu zählen insbesondere folgende Maßnahmen: Neubau der Regionaltangente West (RTW), die später zum Ringverkehr im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ausgebaut werden soll; [...]"</i> Die Verlängerung von Dreieich-Buchsschlag nach Langen ist für eine Veranstaltung mit dem Landkreis Offenbach und der RTW Planungsgesellschaft vorgemerkt.

<p>A140 Anna-Maria Bischof Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung</p>	<p>Neubewertung des Stickoxidgrenzwertes im Freien KV Lahn-Dill</p> <p>Der Beschluss des Landestages zur Neubewertung des Stickoxidgrenzwertes im Freien war Teil des Antrags „Diesel: Stoppt die Enteignung von Millionen Menschen“ (Nr.3 der Forderungen) und wurde auf dem 111. Parteitag der CDU Hessen in Wiesbaden gestellt. Die Delegierten haben den Antrag in geänderter Fassung angenommen. Auch wurde die Forderung im Rahmen einer Pressemitteilung (02/2018 „Junge Union Hessen kritisiert Diesel-Urteil“) an die Öffentlichkeit herangetragen. Danach soll ein Dieselfahrverbot in deutschen Städten das letzte Mittel im Kampf gegen die Luftverschmutzung sein. Vielmehr müssten alle anderen Möglichkeiten ausprobiert werden, um die Schadstoffbelastung in der Luft zu senken. Damit gemeint war auch eine mögliche Neubewertung des Stickoxidgrenzwertes im Freien.</p>
<p>A141 Sebastian Willsch Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung</p>	<p>Neubewertung von Dieselfahrverboten KV Lahn-Dill</p> <p>Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung haben mittlerweile Initiativen ergriffen, Fahrverbote bei geringen Überschreitungen der Stickoxidgrenzwerte als Instrument der Luftreinhalteplanung auszuschließen.</p> <p>Die Junge Union Deutschlands hat zudem bereits beim Deutschlandtag 2017 in Dresden folgenden Beschluss gefasst: <i>„Die Junge Union Deutschlands spricht sich klar gegen ein generelles Benzin- und Dieselfahrverbot ab 2030 und gegen pauschale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in deutschen Städten aus. Es sind zunächst weitere Alternativen wie bessere Straßenreinigungsmethoden (Nassreinigung) im Hinblick auf die Feinstaubproblematik sowie ein Umrüstungsprogramm im Hinblick auf den Ausstoß von Stickoxiden zu prüfen.“</i></p>
<p>A143 Sebastian Willsch Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung</p>	<p>Neuregelung zur Errichtung von Windkraftanlagen BV Osthessen, KV Fulda, KV Vogelsberg, KV Hersfeld-Rotenburg</p> <p>Auf Antrag der Jungen Union Hessen wurde die 10H-Regelung als Forderung ins Landtagswahlprogramm der CDU Hessen aufgenommen. Diese Forderung ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen jedoch nicht enthalten.</p> <p>Dort wird an der 2 %-Regelung festgehalten: <i>„Wir werden, wie im Energiegipfel vereinbart, zwei Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete ausweisen. Dies dient der Steuerung und vermeidet den Wildwuchs, weil so 98 Prozent der Flächen verlässlich freigehalten werden. Wir erwarten, dass die Regionalversammlungen ihrer Verantwortung nachkommen und einen gerechten Ausgleich der Interessen herbeiführen.“</i></p>
<p>A144 Sebastian Willsch Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung</p>	<p>Strukturreform der hessischen Umweltverwaltung AK Verkehr, Infrastruktur und Energie</p> <p>Die Junge Union Hessen hat die Aufnahme der Forderung ins Landtagswahlprogramm der CDU Hessen beantragt. Der Antrag wurde vom 113. CDU Landesparteitag in Offenbach am Main jedoch abgelehnt.</p>

Inneres und Sport

<p>A146 Bastian Zander Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung</p>	<p>Erhöhung der Gewerbesteuerumlage für Kommunen ab 2020 verhindern BV Nassau, KV Main-Taunus</p> <p>Bemühungen des Hessischen Städtetages und der Jungen Union Hessen haben bis dato insofern noch keinen Erfolg gezeigt, als dass im neu geschlossenen Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung folgende Bestrebung festgehalten und von den Gremien von CDU (Landesausschuss) und Grünen (Parteitag) bekanntlich mit großer Mehrheit angenommen wurde:</p> <p><i>„Für die Erledigung dieser Aufgaben stehen Mittel des Bundes, des Landes und aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage der Kommunen zur Verfügung.“ (Zeilen 7390-7392)</i></p> <p>Zudem hat – für viele Beobachter überraschend – auch ein Sprecher des Finanzministeriums Baden-Württembergs signalisiert, dass man die Linie Hessens unterstütze. Ob sich noch weitere Länder der Linie Hessens anschließen und so im Bundesrat eine Mehrheit für den Vorstoß zustande käme, ist derzeit völlig offen.</p>
--	--

	Die westdeutschen Kommunen haben im Jahr 2017 insgesamt fast 3,9 Milliarden Euro an erhöhter Gewerbesteuerumlage abgeführt. Der Löwenanteil von rund 3,4 Milliarden Euro entfiel dabei auf die sogenannte Solidarpaktumlage, der restliche Teil auf den Fonds Deutsche Einheit.
A149 Bastian Zander	Staatszielbestimmung „Kultur, Geschichte und Sprache der Bundesrepublik Deutschland“ KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Beschluss wurde als Antrag zur Beratung auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt, fand allerdings leider keine mehrheitliche Zustimmung.
A151 Anna-Maria Bischof	Wissenschaftsfeindliches Verhalten von Bundesbehörden unterbinden KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag „Wissenschaftsfeindliches Verhalten von Bundesbehörden unterbinden“ wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten angenommen. Er ist damit Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands
A152 Bastian Zander	Angliederung des Bereiches „Heimat und Regionalentwicklung“ an das Hessische Innenministerium KV Lahn-Dill
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Schaffung eines Heimatministeriums in Hessen, um die Bedeutung des ländlichen Raums hervorzuheben und die Lebensqualität der Menschen jenseits der Ballungsräume zu erhalten, war prominente Forderung in unserem JU-Wahlprogramm. Auch wenn unsere Forderung eines eigenen Heimatministeriums bis dato nicht umgesetzt wurde, ist die Regionalentwicklung ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit der Landesregierung. Im Koalitionsvertrag ist dem Thema ein eigenes, umfassendes Kapitel „V. Den ländlichen Raum stärken – Heimat Hessen, Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sicherstellen“ mit zahlreichen konkreten Vorschlägen gewidmet.
A154 Bastian Zander	Auskunftssperre für Vollstreckungsbeamte sowie Bedienstete des öffentlichen Dienstes KV Wiesbaden, KV Hochtaunus, KV Main-Taunus, KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Wurde offiziell dem Fachreferat „Justiz“ zugeordnet. Siehe https://www.ju-hessen.de/inhalte/themen/justiz/
A158 Bastian Zander	Angabe der Tätergruppen in Polizeistatistik KV Fulda, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	In der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2018 wurde die „Kriminalität im Kontext Zuwanderung“ von Personen aus folgenden Ländern exakt aufgeschlüsselt: Afghanistan, Syrien, Eritrea, Somalia, Irak, Pakistan, Algerien, Marokko und dem Iran. Die Statistik zeigt nun konkret die Straftaten an, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtige/r ermittelt wurde (ohne aufenthaltsrechtliche Verstöße).
A160 Bastian Zander	Klare Regeln beim Familiennachzug: Kein Anspruch auf Nachholen von Zweit- oder Drittfrau KV Gießen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Diese Forderung wurde als Antrag auf dem Deutschlandtag 2018 in Kiel gestellt, von den Delegierten mehrheitlich angenommen und ist nun Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands.
A161 Bastian Zander	Dokumentenprüfgeräte für Einwohnermeldeämter KV Limburg-Weilburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Auch wenn unsere Forderung nach einer besseren Ausstattung aller Einwohnermeldeämter mit Dokumentenprüfgeräten es so konkret nicht in den Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung geschafft hat, können wir als Junge Union Hessen mit folgender Formulierung durchaus zufrieden sein - geht die Intension doch in die gleiche gewünschte Richtung: <i>„Mehrfachbezug von Leistungen Einen möglichen Mehrfachbezug von Leistungen aufgrund verschiedener Identitäten werden wir verhindern, indem wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte als Antragsteller für SGB II-</i>

	<i>Leistungen verpflichtet sind, bei Zweifeln an der Identität die Abnahme des Fingerabdrucks zu dulden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass in den Jobcentern die technischen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität des jeweiligen Antragstellers geschaffen werden.“ (Zeilen 5343-5351)</i>
A162 Bastian Zander und Torben Kruhmann	Visabestimmungen für Türkei verschärfen KV Limburg-Weilburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde als Ergänzungsantrag zum Leitantrag "Kieler Erklärung" auf dem Deutschlandtag 2018 in Kiel gestellt. Vielen Dank an unser Bundesvorstandsmitglied Michael Egenolf, der die Antragsbegründung übernahm und inhaltlich fundiert für die Annahme plädierte. Leider lehnte die - in weiten Teilen nicht vollzählige Versammlung die Ergänzung ab.
A163 Bastian Zander	Stärkung der Spionageabwehr BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) plant bis 2021 eine Verdopplung seiner Mitarbeiterzahl. Die Behörde soll damit strukturell an den Bundesnachrichtendienst (BND) angeglichen werden, die Stellenzahl um 2900 auf fast 6000 angehoben werden. Der Auslandsgeheimdienst BND hat zirka 6500 Mitarbeiter. Die für Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz sowie für Islamismus und islamistischen Terrorismus zuständigen Abteilungen beim BfV sollen zudem umstrukturiert und gestärkt werden. Neben dem Inlandsgeheimdienst BfV gibt es auch in den 16 Bundesländern eigene Verfassungsschutz-Ämter oder -Abteilungen.
A164 Bastian Zander	Altersfeststellung von minderjährigen Asylsuchenden BV Osthessen, KV Fulda, KV Vogelsberg, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Dieser und die weiteren Beschlüsse zur Altersfeststellung (Antrag A166) bzw. ärztlichen Untersuchung von Asylsuchenden sowie Ausreisepflichtigen (Antrag A168) wurden gebündelt und in Kiel beim Deutschlandtag zur Abstimmung gestellt. In folgender Fassung wurde unser hessischer Antrag angenommen: <i>„Die Junge Union Deutschlands fordert ein rechtsicheres und zügiges Verfahren zur Altersfeststellung durch medizinische Altersüberprüfung von jugendlichen Asylsuchenden unter vermeintlich 21 Jahren.“</i>
A166 Bastian Zander	Altersfeststellung von straffällig gewordenen Minderjährigen BV Osthessen, KV Fulda, KV Vogelsberg, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Siehe Erläuterung zum Antrag A 164 „Altersfeststellung von minderjährigen Asylsuchenden“.
A167 Bastian Zander	Durchführungen von Abschiebungen ohne Vorankündigungen BV Osthessen, KV Fulda, KV Vogelsberg, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Dieser Beschluss wurde am Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel als Antrag gestellt, beraten und schließlich in folgender Form angenommen: <i>„Die Junge Union Deutschlands fordert bundeseinheitlich Abschiebungen ohne Vorankündigung durchzuführen. Hierzu sollen alle Ausreisepflichtigen unangekündigt in Sammelunterkünften untergebracht und anschließend in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. § 69 AufenthG ist entsprechend zu ändern.“</i>
A168 Bastian Zander	Ärztliche Untersuchung von Ausreisepflichtigen BV Osthessen, KV Vogelsberg, KV Hersfeld-Rotenburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Siehe Erläuterung zum Antrag A164 „Altersfeststellung von minderjährigen Asylsuchenden“.
A169 Bastian Zander	Einsatz von Gerät und Personal der Bundeswehr bei Abschiebungen KV Darmstadt-Dieburg, KV Bergstraße, KV Odenwald, KV Darmstadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Das Thema Abschiebungen bleibt weiter aktuell und brisant. Es war und ist ständiges Gesprächsthema im Arbeitskreis Inneres, in der JU-Bundeskommision, in Sitzungen des CDU-Landesfachausschusses und auf den Parteitagen. Nach wie vor ist die Praxis bei Abschiebungen äußerst schwierig und ein tiefer Graben zwischen den verschiedenen politischen Parteien wird sichtbar: Nahezu alle rot-(rot)-grün geführten Bundesländer stellen sich gegen geltendes Recht und führen so das Asylverfahren ad absurdum. Denn nur, wenn abgelehnte Bewerber auch aktiv ausgewiesen werden, hat das gesamte Asylverfahren einen Sinn.

A170 Bastian Zander	Beendigung der Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen mit DITIB KV Schwalm-Eder
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Wir als Junge Union Hessen haben uns, u.a. per Pressemitteilungen (21.02.2019; 15.11.2017), klar gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der Moscheegemeinschaft DITIB ausgesprochen – nicht nur beim islamischen Religionsunterricht. Ein vom Hessischen Kultusministerium in Auftrag gegebenes Gutachten über DITIB liegt seit Ende Februar vor. Um weiter islamischen Religionsunterricht an Hessens Schulen geben zu dürfen, muss der Moscheeverband darin seine Unabhängigkeit vom türkischen Staat beweisen. An der Eignung des Verbandes, den islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen auch künftig auszurichten, bestehen weiterhin grundlegende Zweifel. Der Moscheeverband hat laut Kultusministerium den Nachweis seiner Unabhängigkeit von der türkischen Regierung nicht erbracht, trotzdem wird die umstrittene Zusammenarbeit jetzt nicht beendet. Die entscheidenden Bedenken sind laut HKM rechtlicher Natur: Vor allem, um im Fall einer Klage der DITIB gegen die Beendigung der 2013 begonnen Kooperation auf der sicheren Seite zu sein, gibt das Land dem Moscheeverband noch einmal Aufschub. Bis Ende April soll DITIB die noch offenen Fragen vollumfassend beantworten. Bis Ende des Jahres will Prof. Lorz nach eigenen Angaben definitiv entschieden haben, ob es mit DITIB weitergeht. Um den Druck zu erhöhen und im Fall der Trennung nicht unvorbereitet zu sein, startet Hessen im kommenden Schuljahr einen Schulversuch: Das Land selbst will an ausgewählten Schulen in Klasse 7 Unterricht anbieten, der muslimischen Kindern Wissen über ihre Religion vermittelt. Weit über den Religionsunterricht hinausgehend, sehen wir die Arbeit des Verbandes äußerst kritisch. Der verlängerte Arm eines ausländischen, autokratisch regierten Staates ist kein geeigneter Partner für Integrationsprojekte, sondern eher ein Fall für verfassungsschützende Beobachtungen. Dass ein solcher Verband zudem noch einen Sitz im Rundfunkrat erhalten hat, ist ein fataler Vorgang. Das Thema hat hohe Priorität und bleibt weiterhin aktuell.
A171 Bastian Zander	DITIB die Gemeinnützigkeit aberkennen KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Siehe Erläuterung zum Antrag A170 „Beendigung der Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen mit DITIB“.
A172 Bastian Zander	Kooperationsstopp mit der DITIB Hessen – Gleichzeitig für die Ausbildung von angehenden Lehrern für den Islamunterricht in Hessen engere Zusammenarbeit mit Lehrstühlen KV Gießen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Siehe Erläuterung zum Antrag A170 „Beendigung der Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen mit DITIB“.
A173 Bastian Zander	Beschleunigung des Untersuchungsverfahrens der DITIB KV Rheingau-Taunus, KV Hochtaunus, KV Main-Taunus, KV Limburg-Weilburg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Siehe Erläuterung zum Antrag A170 „Beendigung der Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen mit DITIB“.
A175 Bastian Zander	Nationalhymne im Profisport BV Nassau, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Dieser Beschluss wurde als Antrag beim Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und von den Delegierten einstimmig angenommen.
A176 Bastian Zander	Verbesserte Sportförderung bei Olympischen Medaillenerfolgen KV Darmstadt-Dieburg, KV Bergstraße, KV Darmstadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Mit der Pressemitteilung „Junge Union Hessen begrüßt verbesserte Spitzensportförderung und fordert eine Erhöhung der Medaillenprämie“ (06.07.2018) wurde unserer Beschlusslage in der Öffentlichkeit Nachdruck verliehen. Zwar haben wir uns über die verbesserte Spitzensportförderung des Bundesinnenministeriums über rund 23 Millionen Euro gefreut, wiesen zugleich aber auf eine notwendige Verbesserung bei der Entlohnung bei Medaillenerfolgen hin. Von daher war es folgerichtig, einen gleichlautenden Antrag beim Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel zur Abstimmung zu stellen. Dieser wurde mit großer Mehrheit von den Delegierten so auch angenommen.

Sonstige Anträge

A178 Sebastian Sommer	Reformationstag als gesetzlicher Feiertag in Hessen KV Kassel-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Landesverband hat sich mit zwei Pressemitteilungen (5. Februar 2018; 28. Oktober 2017) dazu geäußert und die Forderung unterstrichen. Auch im Jahr 2019 sollte die Forderung anlässlich des Reformationstages am 31. Oktober noch einmal bestärkt werden.
A179 Jens Fleck	Rundfunkgebühren reduzieren KV Hersfeld-Rotenburg, KV Vogelsberg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel eingebracht und nicht angenommen, da die bestehende Beschlusslage weitergehend ist. Im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes wurde die Forderung als Pressemitteilung (31.07.2018) publik gemacht.
A181 Jens Fleck	Verpflichtende Angabe des Fehlers bei Umfrageergebnissen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es wurde entschieden, zum richtigen Zeitpunkt eine Pressemitteilung herauszugeben. Dies ist noch nicht erfolgt, da eine maximale Wirkung erreicht werden soll.
A182 Jens Fleck	Depublikationspflicht für Telemedien abschaffen KV Waldeck-Frankenberg
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Es gibt schon eine Beschlusslage hierzu vom Deutschlandtag der Jungen Union in Erfurt 2013.

Verbandsarbeit

A184 Stefan Heck	Urabstimmung für Koalitionsverträge in Parteisatzung implementieren KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Ein entsprechender Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und in geänderter Fassung angenommen. <i>„Die Junge Union Deutschlands fordert, dass Koalitionsverträge auf Bundesebene künftig immer durch einen CDU Bundesparteitag beschlossen werden. Dazu soll auf dem kommenden CDU-Bundesparteitag ein satzungsändernder Antrag gestellt werden.“</i> Auf dem 31. Bundesparteitag der CDU in Hamburg wurde schließlich eine Satzungsänderung beschlossen. In § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitags) wird nach Absatz 7 um folgenden Absatz 8 ergänzt: <i>„Er beschließt über das Ergebnis von Koalitionsverhandlungen.“</i>
A188 Landesvorstand	Für starke und selbstbewusste Frauen – Abschaffung der Frauenquote in der CDU BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Auf dem 111. CDU-Landesparteitag in Wiesbaden wurde ein Antrag mit dem Titel „Abschaffung parteiinterner Quoten“ von der Jungen Union Hessen eingereicht und trotz Ablehnung der Antragskommission und nach umfassender Diskussion angenommen: <i>„Die CDU Hessen wendet sich entschieden gegen jede formale Unterscheidung der Mitglieder anhand äußerer Merkmale wie Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft oder Behinderung aus. Eine Streichung des § 15 der Satzung der CDU Hessen geht damit einher.“</i>

A189 Landesvorstand	Frauen Union Automatismus abschaffen KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Beschluss wird weiterhin verfolgt. Auf dem 111. CDU-Landesparteitag in Wiesbaden wurde der Antrag zugunsten A188 zunächst nicht gestellt.
A191 Landesvorstand LGS	Überprüfung der Beschlüsse aus den Jahren 2017 BV Rhein-Main, KV Offenbach-Land, KV Frankfurt, KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Beschlusslagen wurden im Rahmen der Antragsvorbereitung auf dem 111. CDU-Landesparteitag in Wiesbaden, bei den Änderungsanträgen des CDU-Wahlprogramms auf dem 112. CDU-Landesparteitag in Offenbach am Main sowie vor dem Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel von der Landesgeschäftsstelle sowie den zuständigen Referenten jeweils überprüft und, sofern noch nicht geschehen, als Anträge oder Änderungsanträge eingereicht.
A192 LGS	LÖWENMAUL künftig nur noch digital KV Offenbach-Land
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	In den letzten Ausgaben des LÖWENMAULs wurden Werbeanzeigen zum Digital-Abo geschaltet. Diesem Aufruf sind seither 14 Personen gefolgt. Aufgrund der niedrigen Anzahl wird geschlussfolgert, dass die Printversion nach wie vor von den Mitgliedern präferiert wird.
A193 LGS	Pool von Tagungsmöglichkeiten einrichten BV Nassau, KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Landesgeschäftsstelle hat diesen Antrag als Anlass genutzt, um den internen Bereich der Website auszubauen. Unter „Intern“ sind alle notwendigen Unterlagen abrufbar, die der Verbandsarbeit behilflich sind. Die Registrierung auf der Website wird daher empfohlen! Das Intranet soll zukünftig noch weiter ausgebaut werden. Unter diesem Navigationspunkt wurde auch eine Seite für Tagungsmöglichkeiten eingerichtet. https://www.ju-hessen.de/intern/tagung/ Da der Bedarf und die Ansprüche der jeweiligen Verbände bei Tagungen sehr unterschiedlich sind und die stetige Pflege einer Datenbank mit Locations zu aufwendig ist, wird an dieser Stelle auf zwei stets aktuelle Websites mit Suchfilterfunktion verwiesen. Dennoch könnt Ihr Euch bei Fragen rund um die Planung Eurer Tagung jederzeit an die Landesgeschäftsstelle wenden.
A194 Landesvorstand und LGS	Mitgliederwerbeaktion BV Nassau, KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Aufgrund der Kampagnen zur Landtagswahl in 2018 und der Europawahl in 2019 wurde auf eine explizite Mitgliederwerbekampagne verzichtet. Aktuell gibt es bereits Ansätze, das Landestags-Design zu einer Mitgliederkampagne weiterzuentwickeln. Diese soll jedoch durch den neuen Landesvorstand bestimmt werden und richtungsweisend für die Kommunalwahl in 2021 sein.
A195 Landesvorstand und LGS	Mineralwasser auf Veranstaltungen der Jungen Union Hessen zu angemessenen Preisen KV Rheingau-Taunus, KV Wiesbaden
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	In der Verhandlung mit den örtlichen Cateringangebietern wird stets versucht, so günstige Preise wie nur möglich zu erzielen. Durch die Bindung vieler Tagungsorte an einen festen Betreiber ist dies jedoch nur bedingt möglich. Ein wie im Antrag geforderter Rabatt für Schüler und Studenten für Mineralwasser, würde das Vorweisen eines Schüler- oder Studentenausweises bedingen und bedeutet einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand für die Abrechnung sowie das Cateringpersonal, dessen Zustimmung man zudem für das Verfahren bräuchte.
A196 Landesvorstand	Landesausschuss zum Thema „Ethische Grundfragen des Lebens“ KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Landesausschuss fand am 24. November 2018 in Offenbach am Main statt. In einem Arbeitskreis wurde zuvor unter Leitung von Akop Voskanian ein Leitpapier entwickelt, welches gemeinsam lebhaft diskutiert und verabschiedet wurde. Der Landesausschuss wurde zudem zu einer Aussprache über den Ausgang der Landtagswahl 2018 mit dem Generalsekretär der CDU Hessen, Manfred Pentz MdL, genutzt.

A197 Landesvorstand	Ausarbeitung eines Leitantrages zum Islam durch den Landesvorstand KV Fulda
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	In der Landesvorstandssitzung am 10. Dezember 2018 wurde beschlossen, dass das Thema Islam mit dem Leitantrags zum 99. Landestag in Hünfeld behandelt werden soll, der eine Antwort auf die 12 Fragen des Grundsatzprogrammprozesses der CDU Deutschlands liefert.

Dringlichkeitsanträge

D1 Landesvorstand und LGS	Rahmenbedingungen für digitalen Landestag schaffen KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Die Landesgeschäftsstelle und der Landesvorstand sind gemeinsam mit dem ausrichtenden Kreisverband bemüht, möglichst gute Rahmenbedingungen für einen digitalen Landestag zu schaffen. Dazu gehört im Idealfall ein möglichst gutes WLAN-Netzwerk und auch die Möglichkeit, sein elektronisches Endgerät laden zu können. Dennoch müssen im Rahmen der Budgetplanung Aufwand und Nutzen bei jedem Landestag gegenübergestellt werden. Beim Landestag in Hünfeld würde die Einrichtung von Ladestationen je Delegiertenplatz über 2.000 Euro kosten, um eine halbwegs einfache und funktionierende Lösung anzubieten, was die Sicherheitsstufe und die Unabhängigkeit des Stromkreises gegen Feuchtigkeit angeht. Der Landesvorstand hat also als alternative Lösung beschlossen, dass zwei Ladestationen in der Tagungshalle für je 12 Geräte eingerichtet werden. Das WLAN-Netzwerk der Tagungshalle entspricht einem VDSL 25 Anschluss, der nicht ausreichend ist, um ein offenes, funktionierendes WLAN für alle Teilnehmer anbieten zu können. In der weiteren Planung des Landestages wird daher gemeinsam mit der Tagungshalle erörtert, welche Möglichkeiten es gibt, ein entsprechendes Netzwerk einzurichten.
D3 Bastian Zander	Familiennachzug KV Rheingau-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Beschluss wurde als Antrag beim Deutschlandtag der Jungen Union in Kiel gestellt und – wie sich das gehört – auch von den Delegierten unter dem Titel „Klare Regeln beim Familiennachzug: Gesundheitscheck“ angenommen.
D4 Sebastian Sommer und Bastian Zander	Fußball-Nationalmannschaft KV Offenbach-Land, KV Main-Kinzig, KV Offenbach-Stadt, KV Rheingau-Taunus, KV Odenwald, KV Wetterau, KV Kassel-Stadt, KV Frankfurt am Main, KV Fulda, KV Gießen, KV Hochtaunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Forderung diverser Kreisverbände an den DFB, die Spieler Mesut Özil und Ilkay Gündogan nicht mehr im Kader der deutschen Nationalmannschaft zu berücksichtigen, wurde mit folgender Pressemitteilung vom 12. Juni 2018 Ausdruck verliehen: „Junge Union Hessen: Weiterhin fehlt klare Distanzierung gegenüber Erdoğan's Machenschaften“. Es wurde eine klare Distanzierung zu Erdogan gefordert. Mesut Özils Rücktritt aus der DFB-Elf erfolgte am 22. Juli 2018.
D5 Akop Voskanian	Kopftuchverbot bei jungen Mädchen KV Offenbach-Land, KV Offenbach-Stadt, KV Main-Kinzig, KV Frankfurt am Main
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Diese Forderung wurde am 16. Oktober 2018 mit der Hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann diskutiert und unser Anliegen vorgetragen. Der Antrag wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gestellt und von den Delegierten beschlossen. Somit ist die Forderung nun auch offizielle Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands. Zudem werden wir diese Forderung auch in das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands einbringen.

Vom 98. Landestag verwiesene Anträge

Ländlicher Raum, Umwelt, Landwirtschaft

A2 Anna-Maria Bischof	Verbesserung ÖPNV im ländlichen Raum KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	<p>Der Antrag zur Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum wurde umfangreich im Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und ländlichen Raum diskutiert. Die Forderung eines gut funktionierenden öffentlichen Personennahverkehrs in den ländlichen Regionen hat Einzug in unser Wahlprogramm zur Landtagswahl 2018 (Stark ins nächste Jahrzehnt – 100 Forderungen zur Landtagswahl in Hessen, Nr.4) gehalten. Für uns ist Mobilität auf dem Land unabdingbar! Auch wurden auf dem 112. Landesparteitag der CDU Hessen in Offenbach am Main konkrete Änderungsanträge zur Verbesserung des ÖPNV eingebracht. So wurde zum einen 'eine bessere Integration von Ruf- und Bürgerbussen in das öffentliche Personennahverkehrsangebot' (P05-Wie wir in Hessen leben und wohnen, Antrag Nr. 23, Zeile 2856) eingebracht. Weiter wurde 'ein stark verbessertes öffentliches Personennahverkehrsangebot in Regionen am Rand des Ballungsraums Rhein-Main' (P05-Wie wir in Hessen leben und wohnen, Antrag Nr. 24, Zeile 2856) gefordert. Dies nimmt zwar nicht konkret Bezug auf den Beschluss zur Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum, jedoch hielten wir den Antrag im Arbeitskreis als nötig zur Verbesserung der Mobilität im 'semi-ländlichen Raum'. Der AK Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum einigte sich darauf, die Debatte um die Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum weiter zu verfolgen und in der kommenden Zeit bei Bedarf dazu öffentlich weiter Stellung zu beziehen.</p>
A4 Anna-Maria Bischof	Finanzielle Ausweitung des ELER-Fonds in der nächsten Förderperiode ab 2020 KV Gießen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	<p>Der Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum der Jungen Union Hessen hat die Forderung an das Hessische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten herangetragen und für den Antrag geworben. Mit einem Schreiben an das zuständige Ministerium warb die Junge Union Hessen dafür, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume über die aktuelle Förderperiode bis 2020 zu verlängern und das Volumen des Fonds angemessen zu erhöhen. Die weitere Entwicklung des ländlichen Raums hat für uns oberste Priorität. Eine weitere Förderung seitens der Europäischen Union ist dabei Grundvoraussetzung, um den ländlichen Raum weiter lebens- und liebenswert zu machen.</p>
A8 Anna-Maria Bischof	Lösungen für Monokulturen gefordert DL Anna-Maria Bischof
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	<p>Der Antrag „Lösungen für Monokulturen“ wurde im Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum umfangreich diskutiert. Gerade in Zeiten des gravierenden Insektensterbens spielt die Zukunft der Landwirtschaft eine entscheidende Rolle. Ein intaktes Ökosystem ist nur Hand in Hand mit einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft realisierbar. Im Rahmen der Sonderausstellung „Ausgesummt - Das Insektensterben und seine Folgen“ im Naturkundemuseum Kassel am 12. Oktober 2018 konnte sich der Arbeitskreis ein Bild vom Insektensterben und den damit einhergehenden Konsequenzen für unser Ökosystem machen.</p>

Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung

A31 Jens Fleck	Recht auf „Remix“ verankern AK Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	<p>Der Antrag wird zur Zeit noch im Arbeitskreis bearbeitet und mit einem fundierten Antrag auf dem Landestag zur Abstimmung gestellt.</p>

Bildung und Soziales

A59 Maschal Hühner	„Wirtschaft“ als verpflichtendes Unterrichtsfach KV Offenbach-Land, KV Frankfurt, KV Offenbach-Stadt
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A61 Maschal Hühner	Informatik als Pflichtfach KV Lahn-Dill, BV Mittelhessen, Schüler Union Hessen
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August.2018 diskutiert.
A62 Maschal Hühner	Informatik-Unterricht als Pflichtfach KV Darmstadt, KV Bergstraße, KV Odenwald, AK Bildung und Soziales
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Der Antrag wurde an das Hessische Kultusministerium weitergeleitet und wird beim gemeinsamen Termin mit Staatssekretär Lösel am 20. Mai 2019 thematisiert. Darüber hinaus wurde der Antrag während eines gemeinsamen Termins mit der Landesschülervertretung Hessen am 22. August 2018 diskutiert.
A72 Maschal Hühner	Anpassung des neu gefassten §32c Kinderförderungsgesetz BV Nassau, KV Main-Taunus
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Noch nicht bearbeitet.

Verkehr, Infrastruktur und Energie

A119 Sebastian Willisch	Kommunikation zwischen autonomen Fahrzeugen normen KV Marburg-Biedenkopf
Votum Landestag: <input type="radio"/> Annahme <input type="radio"/> Ablehnung	Das Thema der Normung der Car2Car- und Car2X-Kommunikation wird in der Bundeskommission Nachhaltigkeit, Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz der Jungen Union Deutschlands unter maßgeblicher Mitarbeit des zuständigen Referenten der Jungen Union Hessen behandelt.